

BAKinso-Seminare bei AGV

Der Bundesarbeitskreis Insolvenz- und Restrukturierungsgerichte e.V. (BAKinsO) veranstaltet in Kooperation mit AGV Seminare eine eigene Online-Fortbildungsreihe: die **BAKinso-online-Fortbildungsedition**. Zielgruppe sind Insolvenzrichter und Insolvenzrechtspfleger. Bei Interesse können aber auch Insolvenzverwalter, Sachbearbeiter usw. teilnehmen. (Vielleicht treffen Sie dabei ja einmal Ihren Richter oder Ihren Rechtspfleger online. Und: Sie sollten wissen, was Ihr Insolvenzgericht weiß.)

Die BAKinso-Seminare werden sechsmal im Jahr stattfinden und dauern 2 Stunden.

Die Termine 2024 sind 26.3. / 7.5. / 18.6. / 17.9. / 15.10. / 19.11.

Die wichtigsten Entscheidungen des BFH und der Finanzgerichte im Insolvenzsteuerrecht 2023 und ihre praktische Umsetzung in der Verwalterkanzlei

Prof. Dr. Schmittmann, Essen/München

Der nachstehende Beitrag stellt exemplarisch wesentliche Entscheidungen des BFH und der Finanzgerichte aus dem Jahr 2023 dar und erläutert, wie diese in der Kanzlei des Insolvenzverwalters und seiner Berater umgesetzt werden müssen. Dabei liegt der Fokus nicht auf einer Darstellung nach Art eines Chronisten, sondern in einer praktisch handhabbaren Aufarbeitung für die Sachbearbeitung im Insolvenzverfahren.



Prof. Dr. iur. Jens M. Schmittmann lehrt an der FOM Hochschule für Oekonomie und Management, Essen, Allgemeine Betriebswirtschaftslehre, Wirtschafts- und Steuerrecht, und ist Mitglied des Anwaltsenats des Bundesgerichtshof sowie Rechtsanwalt, Fachanwalt für Steuerrecht, Fachanwalt für Handels- und Gesellschaftsrecht und Fachanwalt für Insolvenz- und Sanierungsrecht sowie Steuerberater in Essen. Er ist Gründungspartner der Kanzlei PRO REO Law Essen/München.

I. Einleitung

Ein gesetzlich kodifiziertes Insolvenzsteuerrecht existiert in Deutschland nicht, sondern lediglich ein rudimentärer Regelungsansatz in der Insolvenzordnung und in der Abgabenordnung.¹

Ausgangsnorm in der Insolvenzordnung ist die Regelung in § 155 Abs. 1 InsO, wonach die handels- und steuerrechtlichen Pflichten des Schuldners zur Buchführung und zur Rechnungslegung durch die Insolvenzeröffnung unberührt bleiben und der Insolvenzverwalter diese

Pflichten in Bezug auf die Insolvenzmasse zu erfüllen hat. Diese Regelung ist im Hinblick auf § 80 Abs. 1 InsO konsequent, da mit der Eröffnung des Insolvenzverfahrens die Verwaltungs- und Verfügungsbefugnis vom Schuldner auf den Insolvenzverwalter übergeht, sofern das Gericht nicht gem. § 270 Abs. 1 InsO die Eigenverwaltung anordnet.

Zudem trifft § 55 Abs. 4 InsO² Sonderregelungen für Verbindlichkeiten aus dem Steuerschuldverhältnis. Die Umsatzsteuer, die sonstigen Ein- und Ausfuhrabgaben, bundesgesetzliche geregelte Verbrauchsteuern, die Luftverkehr- und die Kraftfahrzeugsteuer sowie die Lohnsteuer werden als Masseverbindlichkeiten fingiert, sofern sie nach Bestellung eines vorläufigen Insolvenzverwalters oder eines vorläufigen Sachwalters begründet worden sind.

Die Abgabenordnung regelt in § 34 Abs. 1 AO zunächst, dass die gesetzlichen Vertreter natürlicher

und juristischer Personen deren steuerliche Pflichten zu erfüllen haben, insbesondere die Steuern entrichten müssen. Dies gilt gem. § 34 Abs. 3 AO auch für Vermögensverwalter, soweit ihre Verwaltung reicht. Diese Einschränkung ist aus Sicht des Insolvenzverwalters insbesondere deshalb von Bedeutung, weil Gegenstände, die auf Grund von § 36 Abs. 1 InsO nicht Bestandteil der Insolvenzmasse i.S.v. § 35 Abs. 1 InsO sind keine Pflichten des Insolvenzverwalters auslösen. Zudem führt auch die Freigabe einer selbständigen Tätigkeit gem. § 35 Abs. 2 InsO oder die Freigabe eines Gegenstandes dazu, dass den Insolvenzverwalter insoweit keine steuerlichen Pflichten mehr treffen.

Werden diese Pflichten nicht erfüllt, so haften die Vertreter und Verwalter gegenüber der Finanzverwaltung für den entstandenen Schaden.

Im Hinblick darauf, dass es sich beim Insolvenzverfahren um ein kollektives Vollstreckungsverfahren handelt, sind Gläubiger gehindert, ihre Forderungen individuell geltend zu machen; sie können ihre Ansprüche gem. § 87 InsO nur nach den Vorschriften über das Insolvenzverfahren verfolgen. Dies schlägt sich in § 251 Abs. 2 AO nieder, wonach die Vorschriften der Insolvenzordnung unberührt bleiben und die Finanzbehörde nur noch Masseverbindlichkeiten sowie in einem Insolvenz- oder Restrukturierungsplan titulierte Forderungen vollstrecken kann. Im Übrigen hat sie sich dem Regelungssystem der InsO zu unterwerfen.

II. Verfahrensrecht

1. Feststellungsverfahren bei Personengesellschaften

Bei Personengesellschaften, also der GbR, der KG oder der oHG besteht die Besonderheit, dass die Einkommensbesteuerung nicht auf der Ebene der Gesellschaft, sondern der Gesellschafter durchgeführt wird (sog. „transparente Besteuerung“). Daraus folgt, dass z.B. das Insolvenzverfahren über

¹ S.a. *Schmittmann*, BB-Rechtsprechungsreport Insolvenzsteuerrecht 2023, BB 2024, 407 ff.; *Witfeld*, Aktuelle Steuerrechtsfragen in Krise und Insolvenz, NZI 2023, 955 ff.; NZI 2024, 72 ff.

² Vgl. zur Entwicklung der Regelung *Schmittmann*, BB-Rechtsprechungsreport Insolvenzsteuerrecht 2022, BB 2023, 407, 408

das Vermögen einer Kommanditgesellschaft das einheitliche Gewinnfeststellungsverfahren nicht berührt, da dessen steuerliche Folgen die Gesellschafter persönlich betreffen. Die Kommanditgesellschaft wird durch den persönlich haftenden Gesellschafter („Komplementär“) vertreten. Die Komplementär GmbH wird durch den Liquidator vertreten, sofern nicht das Insolvenzverfahren über ihr Vermögen eröffnet worden ist.¹

Ist über das Vermögen der Komplementär-GmbH das Insolvenzverfahren eröffnet, so wird diese steuerlich wirksam lediglich nur noch durch den Insolvenzverwalter vertreten. Der Insolvenzverwalter ist daher verpflichtet, an der einheitlichen Gewinnfeststellung mitzuwirken. Der Insolvenzmasse steht gegenüber den Gesellschaftern der Personengesellschaft ein Ersatzanspruch hinsichtlich der anfallenden Kosten zu, auf die auch ein Auslagenvorschuss gefordert werden kann.²

2. Einkünfte aus Veräußerungen ohne Kenntnis des Insolvenzverwalters

Leider ist es in der Praxis nicht selten, dass Schuldner bzw. deren Organe hinter dem Rücken des Insolvenzverwalters Insolvenzmasse i. S. v. § 35 Abs. 1 InsO verwerten, ohne dass der Insolvenzverwalter davon Kenntnis erlangt oder gar den Verwertungserlös erhält. Dies ist besonders misslich, wenn durch die Veräußerung nach Eröffnung des Insolvenzverfahrens Steuern ausgelöst werden.

Das FG Münster hat nunmehr entschieden, dass eine Masseverbindlichkeit nicht anfällt, wenn die Steuer durch eine Tätigkeit oder Handlung ohne Wissen und Zutun des Insolvenzverwalters ausgeübt worden ist.³ Es ist für den Insolvenzverwalter allerdings erforder-

lich, dass er im Einzelnen gegenüber der Finanzverwaltung darlegen kann, dass er alle erforderlichen Schritte unternommen hat, um ein solches Handeln des Schuldners und seiner Organe zu verhindern. Es ist also sorgfältig zu dokumentieren, welche Gespräche stattgefunden haben, welche Unterlagen vorgelegt worden sind und welche Auskünfte der Insolvenzverwalter ggf. bei Dritten verlangt hat.

3. Grunderwerbsteuer als Masseverbindlichkeit

Es ist insbesondere Aufgabe des Insolvenzverwalters, die Insolvenzmasse durch die ungerechtfertigte Geltendmachung von Masseverbindlichkeiten zu schützen. Er hat daher sorgfältig zu prüfen, ob eine Steuerverbindlichkeit tatsächlich Masseverbindlichkeit ist. Dies ist z. B. dann nicht der Fall, wenn die Steuerverbindlichkeit nicht aus einer Handlung des Insolvenzverwalters resultiert, sondern kraft

Gesetzes durch einen – hier im Grunderwerbsteuerrecht maßgeblichen – Vorgang entstanden ist, an dem er nicht beteiligt war und nicht beteiligt sein konnte. Wenn die Insolvenzmasse unter keinem denkbaren Gesichtspunkt berührt wird und der Insolvenzverwalter keinen Einfluss auf den die Steuer auslösenden Vorgang hat, entsteht keine Masseverbindlichkeit.⁴

4. Rücknahme eines durch das Finanzamt gestellten Insolvenzantrages

Im Erstgespräch nach Bestellung des Gutachters oder vorläufigen Insolvenzverwalters wenden Schuldner oder ihre Organe gelegentlich ein, es liege kein Insolvenzgrund vor und das Finanzamt habe den Insolvenzantrag missbräuchlich gestellt. In diesem



WIR BIETEN IHNEN DAS KOMPLETT-PAKET VON DER BEWERTUNG BIS ZUR VERMARKTUNG.

Ob Anlagenverkauf, Fortführungslösung, Unternehmensnachfolge oder Insolvenz: Bei der Bewertung und Verwertung von Sachanlagen, Maschinen und Immobilien bieten wir Ihnen ganzheitliche Lösungen. Mit unserer Unterstützung setzen Sie Ihr Vorhaben professionell, transparent und bestmöglich um.

Vertrauen Sie auf unsere über 25-jährige Erfahrung.

WEIL WIR MEHR KÖNNEN ALS INDUSTRIEUKTIONEN!

PLESER

Telefon: +49 375 60 69 60
E-Mail: info@pleser.de
Web: www.pleser.de

weil wir mehr können als Industrieauktionen

¹ So FG Hamburg, Urteil vom 25.5.2023 – 2 K 65/16, ZRI 2023, 829 ff.

² So BGH, Urteil vom 16.9.2010 – IX ZR 121/09, NZI 2010, 956 ff.

³ So FG Münster, Urteil vom 28.2.2023 – 15 K 552/20 U, ZRI 2023, 468 ff. = NZI 2023, 475 ff. mit Anm. Riewe

⁴ So FG Münster, Urteil vom 16.11.2023 – 8 K 2770/21F, ZRI 2024, 125 ff.

Fall ist der Schuldner auf den Rechtsweg zu den Finanzgerichten zu verweisen, die die Ermessensausübung durch das Finanzamt prüfen.¹ Ein Anspruch auf Rücknahme eines Antrages auf Insolvenzöffnung besteht, wenn ein Insolvenzgrund nicht vorliegt oder die Entscheidung über die Stellung des Insolvenzantrages bei Vorliegen eines Insolvenzgrundes ermessensfehlerhaft ist.²

Der Gutachter bzw. vorläufige Insolvenzverwalter prüft lediglich, was ihm das Insolvenzgericht zur Prüfung aufgegeben hat, also regelmäßig das Vorliegen eines für die Rechtsform des Schuldners maßgeblichen Eröffnungsgrundes sowie die Kostendeckung. Weitere Feststellungen hat der Gutachter bzw. vorläufige Insolvenzverwalter nicht zu treffen, insbesondere nicht zum von der Finanzverwaltung ausgeübten Ermessen.

III. Umsatzsteuer

1. Bauträgerfälle und Umkehr der Steuerschuldnerschaft

Im Hinblick auf die Änderung der Rechtsprechung des BFH zur Einordnung eines Bauträgers als Bauleistender im Rahmen der Umkehr der Steuerschuldnerschaft nach § 13b UStG war die bisherige Praxis, wonach der Bauträger Steuerschuldner war, nicht mehr haltbar.³

Der Gesetzgeber hat auf diese Rechtsprechung mit der Einführung von § 27 Abs. 19 UStG reagiert, der grundsätzlich eine Änderung der Steuerfestsetzung fordert, sofern die Leistung vor dem 15. Februar 2014 erbracht worden ist. Die Rechtsprechung des BFH sowie die Einführung von § 27 Abs. 19 UStG führen zu einer Reihe von steuer- und insolvenzrechtlichen Fragen, sofern einer der am Leistungsaustausch beteiligten Unternehmer oder beide insolvent sind.⁴

In diesem Zusammenhang hat der BFH nunmehr noch einige Konstellationen entschieden, in denen eine umsatzsteuerliche Organschaft vorliegt. Die umsatzsteuerliche Organschaft i. S. v. § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG setzt voraus, dass die Organgesellschaft finanziell, wirtschaftlich und organisatorisch in das Unternehmen des Organträgers eingegliedert ist. Die Organschaft hat zur Folge, dass nur noch der Organträger umsatzsteuerlicher Unternehmer ist.

Eine Änderungsbefugnis nach § 27 Abs. 19 UStG liegt nicht vor, wenn der Organträger einer Bauleistungen erbringenden Organgesellschaft keinen Anspruch der Organgesellschaft gegen den Leistungsempfänger abtreten kann, da über das Vermögen der Organgesellschaft das Insolvenzverfahren eröffnet worden ist.⁵ Macht eine Kommanditgesellschaft geltend, dass sie Organgesellschaft i. S. v. § 2 Abs. 2 Nr. 2 UStG sei, setzt die Aufhebung einer gegenüber der KG ergangenen Steuerfestsetzung voraus, dass der Organträger zur Vermeidung eines widersprüchlichen Verhaltens einen Antrag auf Änderung der für ihn vorliegenden Steuerfestsetzung stellt.⁶

Umsatzsteuerrechtlicher Leistungsempfänger i. S. d. § 27 Abs. 19 Satz 1 UStG ist bei bestehender Organschaft auch dann der Organträger, wenn zivilrechtlich die Organgesellschaft Vertragspartnerin des bauleistenden Unternehmers ist.⁷

Bauträgerfälle stellen, insbesondere auch im Zusammenspiel mit Organschaftskonstellationen, eine absolute Spezialmaterie dar, in der zur Vermeidung von Fehlern regelmäßig Experten hinzugezogen werden sollten.

2. Vorsteuer aus der Vergütung des Insolvenzverwalters

Der Insolvenzmasse kann grundsätzlich ein Anspruch auf Vorsteuer aus der Vergütung des Insolvenzverwalters zustehen. Bei natürlichen Personen hat

¹ So Hessisches FG, Beschluss vom 3.8.2022 – 10 V 640/22, NZI 2023, 353 ff.

² So Hessisches FG, Beschluss vom 22.2.2023 – 8 V 1224/22, NZI 2023, 539 ff.

³ Vgl. *Schmittmann*, Umkehr der Steuerschuldnerschaft bei Bauleistungen im Falle der Insolvenz der Beteiligten, StB 2023, 365 ff.

⁴ Umfassend: *Gerhardt*, § 13b UStG im Insolvenzverfahren – Bewältigung der Bauträgerfälle, Diss. iur., Kiel, 2020

⁵ So BFH, Urteil vom 6.7.2023 – V R 5/21, BFH/NV 2023, 1380 ff. = DStR 2023, 2173 ff. mit Anm. *Heuermann*

⁶ So BFH, Urteil vom 16.3.2023 – V R 14/21, NZI 2023, 472 ff.

⁷ So BFH, Urteil vom 24.5.2023 – XI R 45/20, BB 2023, 2403 ff.

regelmäßig eine Aufteilung zu erfolgen. Bei der Aufteilung der Vorsteuer aus einer Insolvenzverwaltervergütung ist nach der Rechtsprechung des FG Schleswig-Holstein in einem ersten Schritt das Verhältnis der unternehmerischen zu den privaten Insolvenzforderungen zu ermitteln. In einem zweiten Schritt sind die unternehmerischen Forderungen danach aufzuteilen, ob die Verbindlichkeit im Zusammenhang mit steuerpflichtigen Ausgangsumsätzen oder steuerfreien Ausschlussumsätzen stehen.¹

Derzeit liegen dem BFH zwei Revisionsverfahren vor, in denen es um die Vorsteuer aus der Vergütung des Insolvenzverwalters geht. Das Verfahren XI R 20/22 betrifft den Fall, dass der Insolvenzverwalter den schuldnerischen Betrieb fortsetzt und so gut wie keine Verwertungshandlungen vornimmt.² Das Verfahren XI R 8/22 befasst sich mit der einheitlichen Leistung des Insolvenzverwalters und dem

unmittelbaren Zusammenhang zwischen den angemeldeten Forderungen der Insolvenzgläubiger.³

Der Insolvenzverwalter sollte im Rahmen seiner Schlussrechnung und der Beantragung der Vergütung stets im Blick halten, dass die Vorsteuer aus der Insolvenzverwaltervergütung ganz oder teilweise der Insolvenzmasse zusteht und damit die Bemessungsgrundlage für die Insolvenzverwaltervergütung erhöht.

3. Vorsteuerberichtigung im Dreipersonenverhältnis

Gerade in Konzernstrukturen kommt es vor, dass nicht der Leistungsempfänger (und damit zivilrechtliche Schuldner) den Lieferanten bezahlt, sondern eine andere Gesellschaft aus der Unternehmensgruppe. Ficht der Insolvenzverwalter der leistenden Gesellschaft an, so verliert der Rechnungsempfänger dadurch den Vorsteueranspruch und ist verpflichtet, eine Korrektur gem. § 17 UStG vorzunehmen.

Der Insolvenzverwalter der Gesellschaft, die die Leistung empfangen hat, sollte allerdings darauf achten, dass es sich bei dieser Korrektur nicht um eine Masseverbindlichkeit gem. § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO im Insolvenzverfahren des Leistungsempfängers handelt. Dies gilt selbst dann, wenn in beiden Insolvenzverfahren dieselbe Person als Insolvenzverwalter eingesetzt wurde.⁴

Der Insolvenzverwalter des Leistungsempfängers wird also bei Eingang eines Steuerbescheides zu prüfen haben, ob es sich tatsächlich um eine Masseverbindlichkeit handelt, oder aber ob das Finanzamt auf die Anmeldung zur Tabelle zu verweisen ist.

IV. Einkommensteuer

1. Berücksichtigung der Vergütung des Insolvenzverwalters oder Treuhänders

Das umfassende Buch zur Vergütung in StaRUG-Verfahren



Versandkostenfrei auf www.InsVV.com

¹ So FG Schleswig-Holstein, Urteil vom 15.09.2016 – 4 K 14/14, EFG 2017, 76 ff. mit Anm. *Hütte*

² Vorinstanz: FG Köln, Urteil vom 25.5.2022 – 9 K 1278/19, NZI 2023, 94 ff. = EFG 2022, 1873 ff. mit Anm. *Braun*

³ Vorinstanz: FG Münster, Urteil vom 20.1.2022 – 5 K 1179/19U, ZRI 2022, 951 ff.

⁴ So BFH, Urteil vom 24.8.2023 – V R 29/21, ZIP 2024, 146 ff.

Die Insolvenzverwaltervergütung ist beim Schuldner weder als Betriebsausgabe noch als außergewöhnliche Belastung zu berücksichtigen, wenn es sich um eine natürliche Person handelt oder ein Nachlassinsolvenzverfahren vorliegt.¹ Der Betriebsausgabenabzug scheitert regelmäßig daran, dass es an der betrieblichen Veranlassung fehlt, also dass die Aufwendungen objektiv mit dem Betrieb zusammenhängen und subjektiv dem Betrieb zu dienen bestimmt sind.² Es liegen regelmäßig auch keine Werbungskosten vor, da ein Zusammenhang zwischen den Aufwendungen und den steuerpflichtigen Einnahmen bestehen muss.³ Zudem kann vor Abschluss des Insolvenzverfahrens für die Insolvenzverwaltervergütung keine Rückstellung gebildet werden.⁴

Nachdem nunmehr auch das Niedersächsische Finanzgericht entschieden hat, dass weder Betriebsausgaben noch außergewöhnliche Belastungen vorliegen dürfte die Vergütung im Insolvenzverfahren über das Vermögen natürlicher Personen endgültig ins steuerliche Nichts fallen.⁵

Der Insolvenzverwalter sollte allerdings am Ende des Insolvenzverfahrens bei juristischen Personen regelmäßig eine Rückstellung bilden, da hier regelmäßig ein Betriebsausgabenabzug in Betracht kommt. In Insolvenzverfahren über das Vermögen von natürlichen Personen scheidet ein solcher regelmäßig aus.⁶

2. Verwertung sicherungsübereigneten Betriebsvermögens

Dem Insolvenzverwalter steht es frei, bewegliches Betriebsvermögen, das sich in seinem Besitz befindet, selbst zu verwerten oder dem Gläubiger gem. § 170 Abs. 2 InsO zur Verwertung zu überlassen.

Dies führt nicht zu einer steuerlich unterschiedlichen Behandlung.

Überlässt der Insolvenzverwalter gem. § 170 Abs. 2 InsO dem absonderungsberechtigten Gläubiger die der Masse zugehörigen sicherungsübereigneten beweglichen Gegenstände zur Verwertung, so handelt es sich nicht um eine Freigabe im insolvenzrechtlichen Sinne und der Gegenstand scheidet nicht aus dem Insolvenzbeschluss aus. Werden durch den Verkauf stille Reserven aufgedeckt und entsteht dadurch ein einkommensteuerpflichtiger Gewinn, so handelt es sich um eine Masseverbindlichkeit gem. § 55 Abs. 1 Nr. 1 InsO.⁷

Der Insolvenzverwalter wird daher den absonderungsberechtigten Gläubiger nicht nur im Hinblick auf die Minderung seiner angemeldeten besicherten Forderung auf Auskunft über den Verwertungserlös in Anspruch zu nehmen haben, sondern auch in Ansehung auf die richtige ertragsteuerliche Behandlung der Veräußerung.

3. Aufteilung der Einkommensteuer zwischen dem Insolvenzverwalter und dem nicht selbständig tätigen Schuldner

Durch die Eröffnung des Insolvenzverfahrens entstehen zwar unterschiedlich Sphären; die Einkommensteuer ist allerdings einheitlich zu ermitteln. Anders als die Umsatzsteuer, die einen linearen Tarif hat, ist die Einkommensteuer von zahlreichen Besonderheiten geprägt, insbesondere von einem progressiven Tarif.

Während eines laufenden Insolvenzverfahrens sind die Einkommensteuer und der Solidaritätszuschlag für alle dem Insolvenzschuldner im Veranlagungszeitraum nach materiellem Steuerrecht zuzuordnenden Einkünfte einheitlich zu ermitteln und zwischen dem Insolvenzschuldner, der Einkünfte aus

¹ So BFH, Urteil vom 16.12.2021 – VI R 41/18, BFHE 275, 194 ff. = BStBl. II 2022, 321 ff.

² So BFH, Urteil vom 3.2.2016 – X R 25/12, DStRE 2016, 660 ff.

³ So BFH, Urteil vom 4.8.2016 – VI R 47/13, BStBl. II 2017, 276 ff. = NZI 2016, 958 ff.

⁴ So FG Rheinland-Pfalz, Urteil vom 19.9.2023 – 5 K 1800/19, ZRI 2023, 1016 ff.; Revision eingelegt: BFH – III R 35/23

⁵ Vgl. Niedersächsische FG, Gerichtsbescheid vom 22.6.2023 – 3 K 105/22, EFG 2023, 1621 ff.; Revision eingelegt: BFH – VIII R 15/23

⁶ Vgl. *Schmittmann*, Die Insolvenzverwaltervergütung und ihre steuerliche (Nicht-)Berücksichtigung bei natürlichen Personen, Verbraucherinsolvenz aktuell 2023, 89 ff.

⁷ So BFH, Urteil vom 14.12.2022 – X R 9/20, ZRI 2023, 595 ff. = NZI 2023, 719 ff. mit Anm. *Schmittmann*

nichtselbständiger Arbeit erzielte, und dem Insolvenzverwalter als Vertreter der Insolvenzmasse der Einkünfte i. S. d. § 2 Abs. 2 Satz 1 EStG aufzuteilen.¹

Die Behandlung dieser Sachverhalte ist für die Kanzlei des Insolvenzverwalters anspruchsvoll, da der Insolvenzverwalter zunächst sämtliche einkommensteuerlich relevante Einkünfte zusammenstellen muss, auch wenn sie der Insolvenzmasse nicht zugeflossen sind. Im nächsten Schritt wird der Insolvenzverwalter prüfen, ob Vorauszahlungen, insbesondere durch die Einbehaltung von Lohnsteuer, geleistet worden sind. Schließlich ist die sich ergebende Steuerschuld zwischen der Insolvenzmasse und dem Insolvenzschuldner aufzuteilen, wobei die Insolvenzmasse z. B. auch vom Grundfreibetrag des § 32a EStG profitiert. Kommt es zu Erstattungen, sind die Aufrechnungsverbote nach § 96 InsO im Verhältnis zur Insolvenzmasse zu beachten. Im Verhältnis zum insolvenzfreien Bereich des Schuldners gelten diese nicht.

V. Informationsfreiheits- und Transparenzrecht

Soweit der Insolvenzverwalter unvollständige Betriebs- und Geschäftsunterlagen vorfindet, wird er zur Erfüllung der handels- und steuerrechtlichen Pflichten regelmäßig bemüht sein, die Unterlagen zu rekonstruieren. Dazu ist es regelmäßig hilfreich, die Finanzverwaltung auf Auskunftserteilung in Anspruch zu nehmen.

Nach Einführung der informationszugangsbeschränkenden Vorschriften in der Abgabenordnung, insbesondere §§ 32e, 32c Abs. 1 Nr. 2 AO, und deren Nichtbeanstandung durch den Europäischen Gerichtshof² sowie die Billigung durch das BVerwG³ spielt das Informationsfreiheits- und Transparenz-

recht im Bereich Insolvenz- und Steuerrecht keine Rolle mehr.

Fazit

An der Schnittstelle zwischen Insolvenz- und Steuerrecht stellen sich zahlreiche Fragen, die in aller Regel nicht allein mit dem Gesetzestext geklärt werden können. Es ist daher wichtig, dass der Insolvenzverwalter und seine Mitarbeiter sich regelmäßig einen Überblick über die aktuelle Rechtsprechung verschaffen, um damit zum einen die persönliche Haftung des Insolvenzverwalters zu vermeiden und zum anderen mögliche Massezuflüsse für die Gläubiger sicherzustellen.

Vorträge mit Prof. Dr. Jens M. Schmittmann:

**Mitarbeiter-Webinar Kompakt erklärt:
Steuerrechtliche Aspekte der Freigabe gemäß
§ 35 Abs. 2 InsO**

am 30.4.2024, online bei RWS Seminare

InsO-Tagung Sylt 2024

am 16. & 17.5.2024, in Westerland/Sylt bei AGV Seminare zusammen mit Manon Heindorf

**Kryptowerte und elektronische Wertpapiere:
Schnittstellen zwischen Insolvenz-, Steuer- und
Strafrecht**

am 21.5.2024, online bei AGV Seminare zusammen mit Dr. Susann Brackmann

**Live-Online-Seminar: Aktuelle Entwicklungen im
Insolvenzsteuerrecht**

am 22.5.2024, online bei Hera Fortbildungs GmbH

**Praktiker-Webinar Geschäftsführerhaftung in
Krise und Insolvenz**

am 11.6.2024, online bei RWS Seminare

¹ So BFH, Urteil vom 19.1.2023 – III R 44/20, BFHE 2079, 433 ff. = NZI 2023, 640 ff. mit Anm. Schmittmann

² So EuGH, Urteil vom 10.12.2020 – C-620/19, DZWIR 2021, 393 ff. = DSB 2021, 91 ff. mit Anm. Schmittmann/Schmidt

³ So BVerwG, Urteil vom 25.2.2022 – 10 C 40/20, BVerwGE 175, 62 ff. = ZRI 2022, 608 ff. = ZGI 2022, 183 ff. mit Anm. Schmittmann